

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigentell:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklametell:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatoberchriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsstand:**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 90

Donnerstag, den 18. April 1929

102. Jahrgang

## Das deutsche Angebot in Paris

37 Jahresleistungen  
in Höhe von 1,6 Milliarden

Die Weiterberatung einem Unterausschuss übertragen.

El Paris, 18. April. Die Sachverständigen nahmen gestern nachmittag die deutsche von Dr. Schacht überreichte Denkschrift in Empfang, die auf 8 Schreibmaschinenseiten einen gedrängten Überblick über die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gibt und mit Vorschlägen für die deutschen Jahreszahlungen abschließt. Die Denkschrift geht von dem Gedanken einer Staffelung der deutschen Jahreszahlungen ab und nennt nur eine sich stets gleichbleibende Zahl. Die Höhe der festbleibenden Jahreszahlungen der Kriegsschadigungen beläuft sich auf 1650 Millionen. Diese festbleibende Jahreszahlung soll sich auf 37 Jahre erstrecken.

Zu dem Inhalt des deutschen Memorandums berichtet der „Vokalanzeiger“ ergänzend, daß als Termin für den Beginn der Laufzeit der deutschen Zahlungen der 1. September 1924 gefordert würde, weil sonst die bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen praktisch hinfällig würden. Falls sich dieser Termin nicht ermöglichen lassen sollte, werde der 1. September 1928 vorgeschlagen.

Das deutsche Angebot, das sich im Laufe der Pariser Verhandlungen nicht verändert hat, dürfte die Gegenseite kaum überrascht haben, obgleich man starkes Erstaunen zur Schau zu tragen suchte. Um eine Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen und den Sachverständigen Gelegenheit zu geben, das deutsche Angebot und die alliierte Forderung gegeneinander abzuwägen, beschloß die Vollversammlung, den sogenannten Ausschuss des Lord Revelstoke wieder ins Leben zu rufen und ihm die Verhandlungen über die Ziffern zu übertragen. Dem Ausschuss gehören je ein Vertreter der an der Konferenz teilnehmenden Mächte an. Deutschland wird durch Dr. Schacht vertreten sein. Die erste Sitzung des Unterausschusses ist für heute vormittag anberaumt. Mit einer neuen Einberufung der Vollversammlung, die erst nach Vollendung der Arbeiten des

Unterausschusses zusammentreten soll, rechnet man nicht vor Beginn der kommenden Woche.

Ueber die weiteren Aussichten der Konferenz schreibt das „Berliner Tageblatt“, eine rein zahlenmäßige Annäherung durch Herabsetzung der einen und Heraushebung der anderen Zahlen erscheine heute wohl nicht mehr möglich. Es müsse eine ganz neue Idee der Reparationsregelung, ein grundverschiedener Plan aufstehen, um jetzt noch die erhoffte Einigung zu ermöglichen. Die Konferenz habe noch einmal Zeit gewonnen; ob diese Zeit verschwendet sein werde oder nicht, könne heute noch niemand sagen. Die „D.M.Z.“ meint, es scheine nahezu aussichtslos, eine Brücke zwischen den beiderseitigen nun eingenommenen Standpunkten zu schlagen.

**Verlegung der Sachverständigenkonferenz nach Berlin?**

In der englischen Presse wird behauptet, daß die Sachverständigenkonferenz eine Verlegung nach Berlin in Aussicht genommen habe. Die Nachricht ist nach dem „Vokalanzeiger“ vorläufig nicht bestätigt worden, doch sei immerhin daran zu denken, daß die deutsche Abordnung die übrigen Mitglieder der Konferenz aufgefordert habe, sich an Ort und Stelle von der Zuverlässigkeit ihrer Angaben über die deutsche Leistungsfähigkeit zu überzeugen.

**Der Reichswirtschaftsminister zu den Reparationsverhandlungen.**

Auf der 49. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Berlin äußerte sich Dr. Curtius über die Reparationsverhandlungen in folgender Weise: Bei den gegenwärtigen Verhandlungen der Reparations-sachverständigen in Paris handle es sich um die Lösung eines für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk und darüber hinaus für den Wirtschaftsfrieden der ganzen Welt auf lange Zeit entscheidenden Problems. Alles hänge davon ab, daß sich die Sachverständigen in Paris ihrer Aufgabe unter unpoltischer Sachlichkeit entledigten. Es dürfe nicht nach Art eines Handelsgeschäftes über Schulden und Zahlungen verhandelt werden, sondern es gelte nach rein sachlichen Grundrissen eine für Schuldner und Gläubiger tragbare Lösung der Reparationsfrage zu finden.

## Der Abrüstungsvorschlag Rußlands

Das Satyrspiel in Genf beginnt von Neuem

Der sowjetrussische Abrüstungsvorschlag begegnet schweigender Ablehnung.

El Genf, 18. April. Der vorbereitende Abrüstungskonferenz hat nunmehr nach der ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatte der ersten Tage die sachlichen Beratungen mit der Erörterung des sowjetrussischen Teilabrüstungsvorschlages von 1928 begonnen.

Der sowjetrussische Militärsachverständige Songowol begründete die wesentlichsten Bestimmungen des russischen Vorschlages, die dahingehen, daß Heere über 200 000 Mann und Flotten über 200 000 Tonnen auf die Hälfte, Heere mit 40 000 Mann und Flotten mit 40 000 Tonnen auf ein Drittel herabgesetzt werden sollen. Weiter wird in den sowjetrussischen Vorschlägen die völlige Vernichtung aller Kriegsmittel des chemischen und bakteriologischen Krieges gefordert, sowie die Einsetzung einer ständigen internationalen Kontrollkommission.

Die allgemeine Aussprache nahm einen völlig unerwarteten Verlauf und führte zum Schluss zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Präsident stellte zunächst fest, daß keinerlei Wortmeldungen zu dem sowjetrussischen Vorschlag vorliegen. Seine fortgesetzte Aufforderung, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, begegnete allgemeinem Schweigen.

Litwinow erklärte endlich, die Sowjetabordnung habe sich bemüht, durch ihre Vorschläge einen Ausweg aus der völlig verfahrenen Lage zu zeigen. Darauf machte nur der japanische Vertreter Sato eine kurze Bemerkung. Auf die erneute Aufforderung des Präsidenten zu Wortmeldungen folgte erneutes Schweigen. Allgemein wurde bemerkt, daß Lord Cusset ebensoviele wie die Vertreter Belgiens, Italiens und der Vereinigten Staaten es ablehnen, sich über die sowjetrussischen Vorschläge zu äußern. Der Präsident stellte darauf fest, daß die Mehrheit an der bisherigen Arbeitsmethode festhalten wolle und die sowjetrussischen Vorschläge ablehne und beantragte, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen. Dieser Versuch des Präsidenten, die sowjetrussischen Vorschläge stillschweigend zur Ablehnung zu bringen, scheiterte jedoch an der außerordentlich geschickten Taktik der Sowjetrussen. Alle Versuche des Präsidenten, eine Ablehnung der sowjetrussischen Vorschläge herbeizuführen, schlugen fehl. Graf Bernstorff erklärte kurz, die deutsche Abordnung würde sich der Stimme enthalten, da sie die sowjetrussischen Vorschläge als wertvollen

Beitrag betrachte, andererseits aber die bisherigen Arbeitsmethoden beibehalten wolle. Litwinow legte darauf einen neuen Antrag vor, in dem die Kommission endgültig zu den Hauptgrundrissen der sowjetrussischen Anträge, also allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, proportionale Herabsetzung der Rüstungen der kleineren Länder und Schaffung eines Koeffizienten für die Herabsetzung der Rüstung Stellung nehmen soll. Durch diese Formulierung war die Kommission in die Zwangslage versetzt, entweder den allgemeinen Grundriss der Abrüstung zu verneinen oder die sowjetrussischen Vorschläge anzunehmen. In dieser allgemeinen Verwirrung sah der Präsident keinen anderen Ausweg, als die Sitzung aufzuheben und zu verlagern.

## Eisenbahnkatastrophe in Belgien

El Brüssel, 18. April. Auf der Strecke Brüssel-Mons, die der Pariser Schnellzug am Mittwoch morgen durchfuhr, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Der Schnellzug fuhr bei Hal (Brabant) in einen Güterzug glatt entgegen, raste auf dem Bahndamm noch ein Stück weiter und stürzte dann mit dem Beiwagen, dem belgischen und französischen Postwagen, sowie einem Wagen zweiter Klasse die Böschung hinab. Ein Wagen des Güterzuges stürzte gleichfalls von der Böschung und fiel auf den wüsten Trümmerhaufen, den die Schnellzugswagen bildeten. Das Einfahrtsignal war geschlossen. Ansehend hat der Lokomotivführer das Signal infolge des starken Nebels nicht bemerkt. Der Heizer und der Lokomotivführer des Unglückszuges sind merkwürdigerweise nur leicht verletzt. Die Bergung der Verwundeten und der Leichen ging nur sehr langsam vonstatten, da die Trümmer ein Herankommen an die Verunglückten stark erschwerten.

Der Lokomotivführer des bei Hal verunglückten Schnellzuges ist verhaftet worden. Die Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstätte sind noch nicht beendet. Der Verkehr wird erst heute wieder aufgenommen werden können, da die Schienen auf einer Strecke von 20 m verbogen sind.

## Tages-Spiegel

Dr. Schacht hat gestern in Paris ein deutsches Angebot gemacht, nach welchem die Höhe der 37 Jahre lang laufenden Jahreszahlungen 1,6 Milliarden betragen soll.

Die Sachverständigenkonferenz beschloß, das deutsche Memorandum zusammen mit dem der Alliierten dem Revelstoke-Unterausschuss zu überweisen.

Auf der Abrüstungskonferenz wurde gestern mit der Beratung des russischen Abrüstungsvorschlages begonnen.

Die Reichseinnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Rechnungsjahr 1928 belaufen sich auf 9 022,7 Millionen Mark.

Der Reichstag ist nunmehr endgültig für Montag, den 22. April einberufen worden.

Die Zahl der Arbeitslosen im Reich ging in der zweiten Märzhälfte um 440 000 auf 1 885 000 zurück.

## Die Reichseinnahmen 1928

El Berlin, 18. April. In der Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 sind, wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, an Steuern, Zöllen und Abgaben insgesamt 9 Milliarden 22,7 Millionen Reichsmark aufgefunden, und zwar an Besitz- und Verkehrssteuern 6 Milliarden 145,1 Millionen und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 2 Milliarden 877,6 Millionen Reichsmark. Da dieses Aufkommen durch das erforderliche Zu- und Absetzen von Beträgen, die noch nicht verrechnet werden konnten, voraussichtlich nur noch ungenügende Änderungen erfahren wird, stellt es zugleich ungefähre das endgültige Aufkommen im ganzen Rechnungsjahr 1928 dar. Das Haushalts-Soll 1928 von 8 Milliarden 862 Millionen Reichsmark ist um 160,7 Millionen Reichsmark überschritten. Gegenüber dem Haushalts-Soll sind an Besitz- und Verkehrssteuern 85,1 und an Zöllen und Verbrauchsabgaben 75,6 Millionen Reichsmark mehr aufgefunden.

Bemerkenswerte Mehreinnahmen haben ergeben die Einkommensteuer (plus 208,2), die Körperschaftsteuer (plus 58,8), die Kraftfahrzeugsteuer (plus 21,8), die Tabaksteuer (plus 90,5), die Biersteuer (plus 26,9) und das Spiritusmonopol (plus 27). Beträchtliche Mindereinnahmen liegen dagegen vor bei der Vermögenssteuer (minus 69,3), bei der Erbschaftsteuer (minus 26,5), bei der Umsatzsteuer (minus 50), bei den Kapitalverkehrssteuern (minus 64) und bei den Zöllen (minus 95,4).

Aus dem Mehraufkommen erhalten die Länder gegenüber dem Voranschlag an Mehrüberweisungen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer 202,8, aus der Kraftfahrzeugsteuer 20,5, zusammen 222,8 Millionen Reichsmark. Infolge Minderaufkommens sind an die Länder weniger zu überweisen aus der Umsatzsteuer 15,1, Grunderwerbsteuer 8,2 und aus der Rentensteuer 7,1, zusammen 25,4 Millionen Reichsmark. Die Länder haben somit insgesamt 197,4 Millionen Reichsmark mehr erhalten, als sie nach dem Voranschlag 1928 erwarten konnten. Umgekehrt liegen die Dinge beim Reich, das im Etat 1928 auf der Einnahmeseite mit einem Fehlbetrag von 346,7 Millionen Reichsmark abschließt. Dieser errechnet sich dadurch, daß das Reich zwar die oben erwähnte Gesamtmehereinnahme von 160,7 Millionen Reichsmark hatte, an die Länder aber 197,4 Millionen Reichsmark Mehrüberweisungen auszus zahlen hatte.

Erneuerung des 150 Millionen-Kredits für das Reich. Berlin, 18. April. Wie die D.M.Z. erfährt, haben die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reich und den D-Banken zu dem Ergebnis geführt, daß der vor wenigen Tagen zurückgezahlte 150 Millionen-Kredit dem Reich erneut zur Verfügung gestellt wird. Nach der D.M.Z. handelt es sich diesmal um einen Kredit, den nicht allein die vier feinerzogen beteiligten D-Banken gaben, sondern an dem die sämtlichen im Reichsanleihekonsortium vereinigten Banken beteiligt sind.

## Das Urteil im Weidenfleter Bauernprozeß

El Jhesoe, 18. April. Im Weidenfleter Bauernprozeß wurde gestern folgendes Urteil verkündet:

31 Angeklagte werden freigesprochen. Die Angeklagten Rod und Rühl werden auf Grund des Paragr. 1 Abs. 2 des Strafgesetzbuches zu je 8 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie von seiten des Gerichts als Rädelsführer angesehen werden. 24 Angeklagte werden auf Grund des Paragr. 115 des Strafgesetzbuches zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Den Angeklagten wird allerdings eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zuerkannt unter der Maßgabe, daß innerhalb Jahresfrist von jedem Angeklagten eine Geldbuße von 150 Mark an die Gerichtskasse gezahlt wird.



## Sitzung des Reichskabinetts

zu Berlin, 17. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinetts trat gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers nach der Regierungserweiterung zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der laufende Angelegenheiten zur Beratung standen. Vor Eintritt in die Tagesordnung leitete der noch nicht vereidigte Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald den Eid auf die Reichsverfassung. Das Reichskabinetts hat beschlossen, den Dienst der Reichsbehörden und Reichsbetriebe am 1. Mai wie in den Vorjahren nach folgenden Richtlinien zu regeln: In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist (d. h. in den Ländern Sachsen, Hamburg, Braunschweig, Lübeck und Schaumburg-Lippe) ist auch in den Reichsbehörden und Reichsbetrieben auf die Landesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen. In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter, die zwecks Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, rechtzeitig bei ihren Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienst nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall so weit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird.

## Der Reichsetat im Haushaltsauschuss

zu Berlin, 17. April. Im Haushaltsauschuss des Reichstags wurde der Etat für Versorgungs- und Ruhegehälter mit den Streichungsanträgen der Regierungsparteien genehmigt, ferner eine Entschließung auf Einbringung des Pensionsgesetzes für politische Beamte. Auf Länder und Gemeinden soll eingewirkt werden, um eine reichliche Einstellung von Versorgungsanwärtern zu erreichen. Schließlich wird die Reichsregierung in einer Entschließung ersucht, etwaige Einsparungen bei der Ministerverwaltung im laufenden Haushalt in erster Linie für Zwecke der Kapitalabfindung zu verwenden.

## Aus den Reichstagsausschüssen

### Der Arbeitsplan des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten.

Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten nahm am Dienstag eine Sitzung des Beratungsstoffes vor. Unter den zahlreichen Aufgaben, die der Ausschuss für die kommende Zeit zu bewältigen hat, sind vor allem hervorzuheben Anträge, die den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen betreffen, ferner Anträge zur Arbeitslosenversicherung, zum Schlichtungswesen, der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung, zur Unfallversicherung und zur Vereinfachung der Verwaltung in der Sozialversicherung. Der Ausschuss einigte sich dahin, am Mittwoch zunächst die Anträge über den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen zu beraten.

### Die Finanzierung des Wohnungsbaues nach den Reichsrichtlinien.

Der Wohnungsausschuss des Reichstags trat bei der Beratung der Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen in den Abschnitt Finanzierung ein. Von der Regierung wurde mitgeteilt, dass ein Gesetzentwurf über die Frage der Bauparaffen in Vorbereitung sei.

## Zusammenschluß gegen den Finanzausgleich

Eine Interessengemeinschaft preussischer Städte.

zu Berlin, 17. April. Der Städtische Nachrichtendienst teilt mit: Die Konferenz der Stadtverwaltungen, die im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Böß tagte, hat einstimmig die Begründung einer Arbeitsgemeinschaft der durch den preussischen Finanzausgleich geschädigten Städte beschlossen. Ein Arbeitsauschuss, der aus Vertretern der Stadtverwaltungen von Berlin, Hannover, Landsberg an der Warthe, Neuß, Ohligs gebildet

# Was Liebe vermag.

Roman von Erica Grupe-Löcher.

(64)

(Nachdruck verboten)

In einem halblichten, einem halben Schummer lag sie da! Sonderbar! Das Glück, heute in kurz die große Liebe ihres Lebens gefunden zu haben, stixte noch in Schwünge in ihr nach. Es war eine Lebenswende. Und doch, über dieses Glück, über diese Seligkeit, die sie auch jetzt noch empfand, wollte es sich immer wieder wie ein Schleier legen, gleich einem Nebel, der sie niederzudrücken drohte! Jemandem Verbändnis lag noch vor ihr! Aber niemand sollte sie und den geliebten Mann auseinanderreißen vermögen. Mit dem Bewußtsein seiner Liebe im Herzen wollte sie allem trotzen. Unendlich viel reicher war sie heute als noch vor einem Tage.

Und ein altes Lied fiel ihr ein, das sie zuweilen gesungen, das Volkslied, das der alte Simon Das mitten in den Stillen des Dreißigjährigen Krieges sich zum Trost gedichtet hatte: „Ein getreues Herz wissen, hat das höchste Schicksal Preis. Der ist selig zu beglücken, der ein solches Kleinod weiß! Mir ist wohl beim höchsten Schmerz, denn ich weiß ein treues Herz!“

„Was gibst?“ fragte Mariens den alten Diener, der an der Tür der Kutschstube auf ihn wartete. „Dast Du mir noch etwas zu sagen?“

„Was soll mit der Metizin geschehen, Sennor? Wollt Ihr sie leben?“

Auf den Fußstapfen folgte ihm Kurt Mariens über den rotgeflackerten Borraum durch einen Gang in ein kleines Zimmer. Es war dunkel; jetzt, da die Tür sich öffnete, fiel ein schwacher Lichtschein vom Rämchen auf dem Vorplatz in einem Streifen herein. Auf Matten lag in einer Ecke die junge Metizin. Sie lächelte sich nicht, denn sie lag im tiefsten Schlaf. Selbst jetzt beim Geräusch der sich leise öffnenden Tür machte sie nicht die geringste Bewegung. Der frisch geordnete Palmenlatz hatte sie in tiefsten Schlaf gelockt. Der alte Diener, der

wird, soll sofort mit seinen Arbeiten beginnen, weil der Gesetzentwurf zur Milderung des preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz bereits im Haushaltsauschuss des preussischen Landtags beraten wird. Ebenso einstimmig beschloß die Konferenz, beim preussischen Landtag zu beantragen, mit Wirkung vom 1. April 1929 den Einheitsfuß der relativen Garantie von 22 auf 25 Pfg. hinaufzusetzen.

## Der bayerische Kriegerbund zur Reparationsfrage

zu München, 17. April. Der Bayerische Kriegerbund hat folgende Mitteilung an den Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes, Kyffhäuser, gerichtet:

Die Pariser Verhandlungen zeigen, daß die Regelung der Reparationsfrage nach Vernunft und Gerechtigkeit nicht zu erwarten ist. Wir lassen uns nicht zu einem Sklavenvolk auf Generationen herabwürdigen. Wir bitten deshalb den Deutschen Kriegerbund, sofort an die Reichsregierung heranzutreten und diese zu bitten, die Verhandlungen abzubauen, die Kriegsschuldparagraphen formell zu widerrufen und die daraus von den Gegnern abgeleiteten, jedes Maß übersteigenden Tributforderungen aus dem Dawesplan zu kündigen. Wenn die Reichsregierung sich hierzu entschließt, wird sie die drei Millionen Mitglieder des Reichskriegerbundes sicher geschlossen hinter sich haben. — Diese Kundgebung ist von dem neugewählten Präsidenten des Bayerischen Kriegerbundes, Danner, unterzeichnet.

## Ein Abrüstungsvorschlag der Türkei

zu Genf, 17. April. Der türkische Außenminister Tewfik Ruchdy Bey hat dem Präsidenten der Vorbereitenden Abrüstungskommission die türkischen Abrüstungsvorschläge überreicht, deren Inhalt kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: Die Hauptursachen der ständigen Angriffsfahr liegen in der bestehenden Ungleichheit zwischen den militärischen Streitkräften der einzelnen Staaten. Die türkische Regierung schlägt daher ein System vor, nach dem eine Gleichheit zwischen den Streitkräften sämtlicher Staaten geschaffen werden soll. Die militärischen Streitkräfte, die ein großes Land für die legitime Verteidigung gegen einen plötzlichen Angriff benötigt, sollen als Maßstab für die Vereinfachung aller militärischen Streitkräfte genommen werden. Die Staaten, die große Streitkräfte besitzen, sollen veranlaßt werden, bis zu der Grenze dieses einmal festgesetzten Maßstabes abzurufen. Die Staaten, die geringere Streitkräfte besitzen, sollen jedoch nicht die Möglichkeit erhalten, bis zu dieser Grenze aufzurufen. Es wird somit nach den türkischen Vorschlägen eine einheitliche Höchststufe an militärischen Streitkräften unterschiedslos für sämtliche Staaten geschaffen, ohne daß hierbei die Größe, die strategischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Verhältnisse der einzelnen Staaten berücksichtigt werden.

Der türkische Abrüstungsvorschlag wird von der Abrüstungskommission im Anschluß an die sowjetrussischen und chinesischen Vorschläge zur Erörterung gelangen. An dem Vorschlag überrascht die außerordentliche Einfachheit, mit der eine wesentliche Herabsetzung des Rüstungsstandes aller Staaten vorgeschlagen wird. Auf deutscher Seite kann er jedenfalls aufs wärmste begrüßt werden, da seine Verwirklichung eine erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung der Staaten bedeuten würde.

### Englisch-amerikanische Besprechungen in Genf?

Von einer der englischen Abordnung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz nachstehenden Seite wird mitgeteilt, daß Gushendun und die englischen Marinesachverständigen in privaten Verhandlungen mit dem Führer und den Marinesachverständigen der amerikanischen Abordnung die Grundlagen prüfen werden, auf denen eine Ueberbrückung der seit der Dreimächtekonferenz 1927 bestehenden Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und England in der Kreuzfrage erzielt werden kann. Sollten sich aus diesen streng vertraulichen Verhandlungen zwischen den beiden Ab-

ordnungen gewisse Aussichten auf eine Annäherung ergeben, so sollen die Verhandlungen auf diplomatischem Wege zwischen Newyork und London unmittelbar weiter fortgesetzt werden, um so schnell als möglich zu einer endgültigen Vereinbarung über die Beschränkung der Flottenrüstung zu gelangen.

## Hoovers Kongreßbotschaft

zu London, 17. April. In seiner Botschaft an den Kongreß, der am Dienstag zu einer Sonder Sitzung zusammentrat, betonte Präsident Hoover, die Einberufung des Kongresses sei erfolgt, um zwei während des letzten Wahlkampfes gegebene Versprechen einzulösen, nämlich Einführung von Erleichterungen für die Landwirtschaft und gewisse Änderungen in der Zolltarifgesetzgebung. Die große Steigerung der Produktion im Ausland und die billigeren Arbeitsbedingungen hätten dazu geführt, daß sich die amerikanische Ausfuhrindustrie einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt sehe. Es scheine daher natürlich, wenn die amerikanischen Farmer verlangten, die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse nach den Vereinigten Staaten so zu regeln, daß die amerikanische Gesetzgebung den Unterschied zwischen den ausländischen und einheimischen Erzeugungskosten berücksichtige. Die Ergänzung gewisser Tarifbestimmungen werde notwendig, weil in den vergangenen sieben Jahren gewisse einheimische Erzeugnisse und neue Industriezweige in eine ungünstige Stellung gegenüber den europäischen gleichartigen Zweigen gebracht worden seien.

Es handelte sich bei den bevorstehenden Maßnahmen nicht etwa um die Einführung neuer Schutzzölle, sondern um die notwendige Abänderung bestehender Bestimmungen mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, die seit 1922 anwuchs, zu beseitigen. Eine Benachteiligung der ausländischen Industrie werde durch die Ausgleichung des gegenwärtigen Unterschiedes zwischen den Herstellungskosten in Amerika und dem Auslande nicht eintreten. Dagegen würden die ausländischen Erzeuger den Vorteil, den sie gegenwärtig aus niedrigeren Löhnen herleiteten, nach Abänderung des Zolltarifes verlieren. Ein solcher Ausgleich sei nicht nur eine Maßnahme sozialer Gerechtigkeit gegenüber dem eigenen Lande, sondern hierdurch werde auch der Lebensstandard der betreffenden Industriezweige im Ausland erhöht. Bei der bevorstehenden Abänderung der Tarife dürften die Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses der Vereinigten Staaten nicht außer acht gelassen werden.

### Hoover für Aufhebung der Einwanderungsquoten.

Die Berliner Blätter ergänzen aus Washington melden, streifte Präsident Hoover in seiner Botschaft auch die Nationalitätenklausel der Einwanderungsgesetze und empfahl dem Kongreß, die Nationalitätenklausel einstweilen auszuheben.

## Schiffsunfall bei der Flottenausfahrt zur Spanienreise

Zusammenstoß der Torpedoboote „Möwe“ und „Albatros“.

zu Wilhelmshaven, 17. April. Bei Antritt der Spanienreise stießen die beiden Torpedoboote „Möwe“ und „Albatros“ zusammen und erlitten leichte Beschädigungen, so daß sie in den Hafen Wilhelmshaven zurückkehren mußten, um dort wieder instand gesetzt zu werden. Der Zusammenstoß entstand dadurch, daß bei der flürmischen See und bei dem Kurs der Torpedoboote, die dicht hintereinander fuhr, das vordere Torpedoboot „Möwe“ aus dem Ruder kam, d. h. durch die hohe See mit dem Achterschiff so weit aus dem Wasser ragte, daß das Ruder und die Schraube frei aus dem Wasser ragten. Dadurch scheerte das Boot etwas auf und blieb zurück, so daß es mit dem folgenden Torpedoboot „Albatros“ zusammenstieß. „Möwe“ ist am Heck, „Albatros“ am Vorderschiff beschädigt, jedoch sind die Beschädigungen nicht schwerer Art, so daß sie bald auf der hiesigen Werft wieder behoben werden können. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht verletzt worden. Voraussichtlich werden die Boote in absehbarer Zeit der Flotte folgen können.

schick vernahm er auch den Schalten von Verlegenheit, der im besten Stimme lag.

„Wie ich hierher komme?“ Es entstand eine Pause. Die Metizin schien sich nur mühsam bekümmern zu können. „Ich wartete auf Deinen Herrn. Aber er kam nicht.“

Der Alte vernahm ein Geräusch, als wenn sie sich nun erlöste. Ihre Finger glitten raschelnd und glänzend über den schleppenden Seidenrock. Dann klapperten ihre kleinen kamelbestückten Pantoffel einige Male kurz auf den Steinen. „Ich weiß nicht mehr genau, wie Du heißt. Aber ich erkenne Dich wieder. Du hast mir vor kurzem die Kaffeete gekocht. Du wolltest sie von meinem Bruder aufheben haben, aber Du wolltest wiederkommen. Warum bist Du nicht gekommen? Was ist mit der Kaffeete? Hole sie!“

Weiter kam sie nicht. Eine Hand presste sich ihr plöblich auf den Mund. „Schweige von der Sache!“ herrschte der Burche sie an.

Da raffte der Alte sich auf. Im nächsten Augenblick erschien er in der Tür. Er sah den Diener fragend an. Der verbarg nur mühsam seinen Schreck. Aber er war ein gewiegter, froher Kerl, voll Waghalsigkeit.

So spielte der Diener auch jetzt schnell den Sicheren und sagte nur, im Ton ein Gemisch von geringschätzigem Bedauern und Spott, halb laut: „Gott, sie redet Unsinn! Was fassst Du Dir nur zusammen, Trinidab?“

Der Alte ließ sich seinen Argwohn nicht merken. Man konnte diesem verschlagenen Burschen nur auf Umwegen belommen. Jemandem Geheimnis lag vor, ein Geheimnis, das mit dem Aufstande nichts zu tun hatte. Carlos hätte ihm jetzt alles platt abgelesen; aber Klinger würde es sein, vorläufig den Arglosen zu spielen und dann die Metizin noch unter derband aussaugen.

„Wo hast Du die ganze Nacht gesteckt, Carlos?“ herrschte der Malordomus den jungen Diener an. „Wie kannst Du wagen, Dich die ganze Nacht vom Hause zu entfernen, ohne um Erlaubnis — wenigstens bei mir — zu fragen?“

Der andere „weg verflocht.“

„Wenn ich dem Sennor das melde, wirst Du wert man schickte Dich aus dem Dienst!“

Der Junge hob frech den Kopf. (Fortsetzung folgt)



## Württ. Landtag

Im Landtag eröffnete gestern der Abg. Keil (S.) die Generalansprache zum Etat. Er wandte sich hauptsächlich gegen die Ablehnung der Regierungsbereitschaft der Sozialdemokratie, obwohl diese im Reich so umworben werde. Der Etat sei ein getreues Spiegelbild der gegenwärtigen Regierungspolitik und zeige, daß die ganze Verwaltung stöcke. Die Regierungsverhältnisse in Württemberg seien unhaltbar. Wenn eine Regierung staatsrechtlich und politisch so umfritten sei wie die gegenwärtige, dann müsse die Vertrauensfrage gestellt werden. Das staatliche Leben stagniere in Württemberg. Wenn das Urteil des Staatsgerichtshofs durchgeführt werde, so gestalte sich die Lage der Regierung noch unsicherer. Die Regierung zeige kein Verständnis für die Belange der Arbeiterschaft. Ihr Ansehen im Reichsrat sinke täglich mehr. Das Zentrum sei schuld daran, wenn die Regierung kein Bekenntnis zur Republik ablege und wenn die Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Regierung zurückgewiesen werde. Dadurch werde die Sozialdemokratie gezwungen, den Klassenkampf verschärft zu führen. Das Zentrum dürfe nicht glauben, daß es für alle Zeiten die Schlüsselstellung besitzen werde. Einen etwaigen Bürgerkrieg werde die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpfen. Der Abg. Dr. W. i. d. e. r (S.P.) erklärte sich zu einer Regierungsgemeinschaft von der Rechten bis zur Demokratie bereit, will aber von der Partei des Klassenkampfes und der Kirchenfeindschaft nichts wissen. Die Demokratie müsse jetzt Farbe bekennen, ob sie eine Freundin des Mittelstandes sei. Trotz der Not der Zeit habe die Regierung für die kulturellen Bedürfnisse alles getan, was möglich war. An die Lehrerbildungsfrage müsse befürsamt herangegangen werden. Die Förderung der Landwirtschaft liege auch im Interesse der Industrie und der Arbeiter. Notwendig sei das Aufheben der Wohnungszwangswirtschaft. Der Zentrumsredner B. o. d. wandte sich scharf gegen die Sozialdemokratie, die den Kampf um die politische Macht und um die Beteiligung an der Regierung nicht immer mit ehrlichen Mitteln geführt habe. Wir sind grundsätzlich bereit, mit allen Parteien zusammenzugehen; wir sind auch in Württemberg schon mit der Sozialdemokratie in einer Regierung gewesen, aus der dann allerdings die Sozialdemokratie aus dringlichen Gründen wieder ausgetreten ist. Die Behauptung der Opposition, daß die Regierung eines ausdrücklichen Vertrauensvotums des Landtags bedürfe, sei nach dem Sinn und Wortlaut des § 52 der württ. Verfassung unhaltbar. Der Redner erklärte schließlich, daß Zentrum werde nach jeder Richtung hin seine Selbständigkeit wahren und das Wohl des Landes fördern, so wie die Partei es für richtig halte.

### Beantwortung kleiner Anfragen im Landtag.

Verschiedene kleine Anfragen wurden im Landtag von der Regierung beantwortet. Aus den Antworten ist folgendes hervorzuheben; daß die beteiligten Ministerien die ihnen unterstellten Anstalten erneut angewiesen haben, ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere auch an Eiern, in erster Linie aus Württemberg zu decken. — Die Rundfunkleitung übernahm die Feier der Freidenker-Jugendweihe am 10. März, da sie über sah, daß in Stuttgart ein Teil der Kinder schon am Sonntag vor dem Landeskonfirmationsstag (dem 17. März ds. Js.) die Konfirmation feierte. Die Staatsregierung, die in dem kulturellen Beirat vertreten ist, legt Wert darauf, daß bei Übertragung weltanschaulicher Darbietungen nicht nur der Inhalt eines Vortrags, sondern auch die Zeit der Darbietung auf die berechtigten Gefühle Andersdenkender Rücksicht nimmt. — Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter angewiesen, die Schäden, die der lange und starke Frost unter anderem in Gärtnereibetrieben hervorgerufen hat, durch Stundung oder Nachlaß von Steuern angemessen zu berücksichtigen.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 18. April 1929.

### Dienstnachrichten.

Die Amtverlaßabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat bestätigt: die Wahl des Landrats und Gemeinderats Johannes M a s t in S o m m e n h a r d t, sowie die Wiederwahl des Schultheißen Friedrich W u r s t e r in A i c h h a l d e n zu Ortsvorstehern dieser Gemeinden.

### Brunnenbau auf dem Haselstaller Hof.

Durch die große Trockenheit des letzten Sommers verfestigte auf dem Meiereireich des Haselstaller Hofes, der Eigentum der Gemeinde Güllingen ist, im alten Brunnen die Quelle, so daß der Pächter gezwungen war, während des ganzen Sommers und Herbstes alles Wasser in Güllingen zu holen. Dieser Zustand war bei dem großen Wasserverbrauch des Meiereireichs nicht tragbar; da kam man auf den Gedanken, durch einen Wünschelrutengänger auf dem Hofgebiet nach Wasser suchen zu lassen. Einem Stuttgarter Rutengänger gelang es auch, in einer Tiefe von 24 Meter eine starke Wasserader zu finden, welche nach zweimaligen langwierigen Versuchen schließlich erbohrt werden konnte. Das Fassen der Quelle und das Aufmauern des Brunnens brachten harte Arbeit; sechs Tage lang mußte in Tag- und Nachtschicht gepumpt werden, um die Arbeiten durchzuführen zu können. Das Wasser wird nun vermittels einer Pumpanlage 24 Meter hoch gesaugt und in ein 6 Meter hohes Reservoir geleitet, welches die Leitungen speist. Der Wassermangel, der beinahe jedes Jahr mehr oder weniger stark eintrat und dadurch den Bestand des Haselstaller Hofes als Hofgut in Frage gestellt hätte, ist jetzt glücklich behoben.

### Die Landesversicherungsanstalt Württemberg über Baudarlehenanträge für 1929.

Die Landesversicherungsanstalt Württemberg gibt über die Baudarlehenanträge für 1929 folgendes bekannt: Der Landesversicherungsanstalt steht in diesem Jahre höchstens der dritte Teil der im letzten Jahre für Wohnungsbauzwecke aufgewendeten Mittel zur Verfügung. Die bei der Landesversicherungsanstalt bis jetzt eingereichten Gesuche sind so zahlreich, daß mit den zur Verfügung ha-

henden Mitteln nur ein kleiner Teil derselben berücksichtigt werden kann. Gesuche von kinderreichen und gesundheitlich gefährdeten Familien werden bevorzugt behandelt werden. Die Einreichung weiterer Gesuche erscheint zwecklos. Es wird gebeten, hiervon absehen zu wollen. Die ganz erhebliche Verschlechterung der Finanzlage der Landesversicherungsanstalt ist bedingt durch die Vorenthaltung von Reichsbeiträgen in Höhe von ca. 7 Millionen RM., die weitere Zunahme der Rentenlast von rund 8 Millionen Mark im laufenden Geschäftsjahr und den Rückgang des Beitragsaufkommens durch die erhöhte Arbeitslosigkeit.

### Der Kampf gegen die Kropfsuche.

In der Jahresversammlung des Württ. Medizinalbeamtenvereins hielt Ministerialrat Dr. von Scheuren einen Vortrag über die diesjährige Kropfsstatistik in Württemberg. Diese statistische Untersuchung war vom Württ. Innenministerium entsprechend einem allgemeinen Ersuchen des Reichsministers des Innern für das Schuljahr 1927/28 angeordnet und in gewissenhaftester Weise ausgeführt worden. Als Muster der Einteilung wurde das schweizerische verwendet, das die Schilddrüsenschwellungen nach Größen von 0 bis IV einteilt. Im ganzen wurden der Untersuchung 244 442 Schulkinder unterzogen, von denen 88,5% der Stufe 0—I angehörten, also als kropffrei zu bezeichnen sind, während 11,5% die Stufe II—IV aufwiesen, worunter 1,35% der Stufe IV zuzuweisen waren, also einen ausgesprochenen Kropf zeigten. Die Kropfschwere erwies sich in den einzelnen Oberamtsbezirken als sehr verschieden. Am stärksten befallen erwiesen sich die Buntsandsteingebiete des Schwarzwalds, die Keuper- und Muschelkalkgebiete des Unterlands und die Jungmoräne des Oberlands. In den Oberämtern Freudenstadt, Nagold, Calw, Neuenbürg haben 78—86% Schulkinder Schilddrüsenschwellungen der Stufe II bis IV, worunter über 10% der Stufe IV angehörig einen ausgesprochenen Kropf aufwiesen. Kaum weniger befallen sind die Oberämter Gaildorf, Hall, Badnang, Ravensburg und Tettnang, während die Jurabezirke Neresheim, Heidenheim, Ulm, Weisingen, Nürtingen, Balingen als ausgesprochen kropffrei erwiesen. Sehr günstig machte sich die seit einigen Jahren durchgeführte Jodkropfprophylaxe bemerkbar. Nachteile von dieser Jodgabe wurden nirgends beobachtet; jedoch zeigte es sich, daß bei Weglassung der wöchentlich verabreichten Jodtabletten die Schilddrüsenschwellungen sich nach wenigen Monaten wieder einstellten, weshalb es ratsam ist, dauernd in den Schulen wöchentlich jedem Kinde eine solche Tablette zu verabreichen. Über den Einfluß des Trinkwassers wurde in einem Oberamt und in einer Stadt die Beobachtung gemacht, daß mit Einführung der Grundwasserleitung an Stelle der Jurawasserleitung der Kropf zunahm, während aus einem anderen Bezirk, der mit Landeswasser versorgt wurde, über eine Abnahme des Kropfes berichtet wurde. Als Gesamtergebnis ist festzustellen, daß es sich empfiehlt, die Kropfbekämpfung in der bisherigen Weise weiterzuführen. Auch ist nichts dagegen einzuwenden, daß, wie bereits mehrfach im Gebrauch, in den stark befallenen Bezirken das jodierete Kochsalz der Saline Friedrichshall zur Verwendung kommt. Weiterhin ist zu empfehlen, daß unsere Landwirte den Milchviehern jodiertes Viehsalz verabreichen. Da das Jod bekanntlich in die Blatt- und Futterpflanzen übergeht und in unserem Jurakalk reichlicher enthalten ist, kann auch eine richtige Kalbdüngung der Wiesen und Kleedäcker den Landwirten empfohlen werden. An der dem Vortrag folgenden Aussprache beteiligten sich mehrere der anwesenden Schulärzte, die alle den guten Erfolg der eingeleiteten Jodprophylaxe, dann, wenn sie von den Gemeinden oder besser den Bezirken in richtiger Weise durchgeführt wird, bestätigten.

### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes hat sich, wie vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland mitgeteilt wird, in der Berichtswoche vom 4.—10. April 1929 in den meisten Bezirken fortgesetzt. Der Stand der Hauptunterstützungsempfänger am 10. April 1929 war folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und in der Sonderfürsorge standen 85 772 Personen (67 819 Männer und 17 953 Frauen) und in der Krisenunterstützung 8814 (7870 M. und 1444 Fr.). Die Gesamtzahl fiel in der Berichtszeit um 13 188 oder 12,2 v. H. von 107 782 auf 94 598; davon trafen 29 540 (gegen 35 998) auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern und 65 048 (gegen 71 874) auf die Arbeitsämter in Baden. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes kamen am 10. April 1929 auf 1000 Einwohner 18,8 Hauptunterstützungsempfänger gegen 31,9 am 6. 3., wo die Höchstzahl der Unterstützten im vergangenen Winter (160 377 Personen) festgestellt wurde. Die Gesamtabnahme seit dem Umsturz belief sich bis 10. April auf 65 791 Personen oder 41 v. H. In Württemberg ging der Stand von 69 018 auf 29 540 um 57,4 v. H., in Baden von 91 361 auf 65 048 um nur 29,6 v. H. zurück. Die wesentlich schlechtere Wirtschaftslage des badischen Teiles von Südwestdeutschland kommt in dieser Entwicklung deutlich zum Ausdruck. Der weitere Umstand, daß die gesamte Entlastung fast ausschließlich den Arbeitsmarkt für Männer betraf, deren Zahl von 140 771 Hauptunterstützungsempfängern auf 75 189 um 46,5 v. H. zurückging, während die Zahl der unterstützten Frauen mit 19 397 am 10. April gegen 19 660 am 6. März fast gleich blieb, zeigt die ernste Lage für die Konjunkturgruppe des Arbeitsmarktes. In der Saisongruppe war es besonders das Baugewerbe, welches die Entlastung des Arbeitsmarktes herbeiführte. Der Bedarf an Maurern war an manchen Orten

so stark, daß schon ein Mangel an tüchtigen Fachkräften zu beobachten war.

### Wetter für Freitag und Samstag.

Hochdruck beherrscht jetzt die Wetterlage, sodaß für Freitag und Samstag trockenes, vielfach heiteres Wetter zu erwarten ist.

\*

StB Rohrdorf M. Nagold, 17. April. Als gestern der 59 Jahre alte Landwirt Frh. Reng und sein Sohn im Bergwald Reifswellen ausluden, glitt Reng sen., wahrscheinlich auf den nassen Wellenprügeln, aus und fiel rücklings vom Wagen. Er mußte nach Hause getragen werden. Reng, der früher schon einmal im Bergwald verunglückt, hat sich diesmal recht schwere, auch innere Verletzungen, zugezogen, die seinen Zustand recht ernst erscheinen lassen.

StB Horb a. N., 17. April. Am 18. April wird der Bahnhofneubau dem Verkehr übergeben. Der Ausbau eines zweiten Gleises Horb-Rottweil bedingte auch eine erhebliche Erweiterung des hiesigen Bahnhofes. Bei diesem großen Projekt wurde von vornherein eine reinliche Scheidung zwischen Personen- und Güterzugverkehr vorgenommen. In den Jahren 1924 bis 1928 wurde mit einem Aufwand von 2 Millionen Mark in dem sog. Jfenburger Feld der neue Rangierbahnhof erstellt. Der neue Bahnhofsanbau, der jetzt dem Verkehr übergeben wird, befindet sich rechts vom Hauptgebäude. Der Gesamtaufwand für den Personenbahnhof ist nach den Voranschlägen mit 2,5 Mill. RM. angelegt. Die Endziffer für die gesamten Umbauten in Horb dürften etwa die 5 Millionen-Grenze erreichen.

StB Stuttgart, 17. April. Im Oktober vorigen Jahres war in der Schützenstraße eine 5köpfige Familie, die Eltern und 3 Kinder, infolge Gasvergiftung tot aufgefunden worden. Man gab die Schuld dem Monteur, weil er den Anschluß eines Gasherdes fehlerhaft gemacht hatte. Dieser Monteur hatte sich nun vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Das Urteil lautete wie in der ersten Instanz auf Freisprechung.

StB Stuttgart, 17. April. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Württ. Gewerbeaufsicht hatte das Wirtschaftsministerium die Beamten und Angestellten des Württ. Gewerbe- und Handelsaufsichtsamts zu einer Feier in den kleinen Festsaal des Hindenburgbaues eingeladen. Wirtschaftsminister Dr. Beyerle wies in einer Ansprache auf die Bedeutung des Tages und die wertvolle Arbeit des Gewerbe- und Handelsaufsichtsamtes hin und sprach den Beamten und Angestellten dieser Behörde den Dank der Regierung aus.

StB Hechingen, 17. April. Der Hechinger Kreistag genehmigte ein Millionenprojekt und zwar die Wasserversorgung „Sollerngruppe“. Die Frage der Wasserversorgung der Stadt Hechingen und fast sämtlicher 14 Gemeinden des früheren Oberamtsbezirks Hechingen wird stark beeinflusst durch die geologischen Verhältnisse dieser Gegend. Es fehlt an einem idealen Wasserreservoir. Eine Besserung ist nur durch Zuführung von Quellen aus den Schichten des weißen Jura, aus dem oberen Buntsandstein und den Gauselfingen möglich. Es handelt sich um ein Versorgungsgebiet von rund 24 000 Einwohnern. Die Gesamtkosten sind auf 1 150 000 M. berechnet, dazu kommt noch die Neuanlage von 7 der Gruppe anzuschließenden Gemeinden mit 380 000 M., sodaß der Gesamtaufwand für das Gesamtprojekt auf 1 530 000 M. kommt.

StB Ulm, 17. April. Wie in vielen anderen Städten ist auch in Ulm zurzeit eine große Sterblichkeit zu beobachten. Es sind dies die Folgen der Grippeepidemie, die zwar in Ulm keine so scharfe Auswirkung brachte. Aber auch der sehr scharfe Winter dürfte seine Nachwirkungen besonders bei den alten Leuten haben.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

### Berliner Briefmarken.

100 holl. Gulden	169,56
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,26

### Börsenbericht

StB Stuttgart, 17. April. Bei geringem Geschäft konnten sich die Kurse heute im wesentlichen behaupten.

### R.G. Berliner Produktionsbörse vom 17. April.

Weizen märk. 224—226; Roggen märk. 207—209; Braugerste 218—220; Futtergerste 192—202; Hafer märk. 202 bis 208; Mais 227—228; Mais prompt 216—218; Weizenmehl 25,25—29,75; Roggenmehl 27—29; Weizenkleie 15,10—15,40; Weizenmehl 15; Roggenkleie 14,60—14,85; Viktoriaerbsen 43—49; Kleine Speiseerbsen 28—34; Futtererbsen 21—23; Puschken 26,50—26,75; Ackerbohnen 22—24; Widen 28—30; Lupinen blaue 16,50—27,50; gelbe 22—24,50; Seradella neue 52—58; Rapskuchen 20,20—20,40; Leinsamen 22,70—24; Trokenschnitzel 14—14,20; allgemeine Tendenz: matter.

### Viehpreise.

Ellwangen: Farren 265—570, 1 Paar Ochsen 1050—1265, 1 Kuh 460—603, 1 Paar Stiere 840—880 1 Stier 820—490, gute fette Rinder 301—520, 1 Kuh 550, Kühe in Milch mit Kalb 650 M. — Gaildorf: Ochsen und Stiere 590—690, Kühe 160—650, Rinder und Jungvieh 150—530 M. — Großengtingen: Ochsen 450—500, Kalb 500—600, Kühe 400—600, Jungvinder 250—350 M.

### Schweinepreise.

Bühlertann: Milchschweine 35—50 M. — Großengtingen: Milchschweine 40—50 M. — Oberstfeld: Milchschweine 30 bis 48 M. — Tübingen: Milchschweine 28—40, Läufer 49 M.

### Fruchtpreise.

Halen: Kernen 18, Weizen 13, Roggen 11,60, Gerste 11,80 bis 12, Haber 11,40—12, Saathaber 12,60—13,50, Futtererbsen 14—14,50 M. — Heidenheim: Kernen 12,65, Weizen 11,50 bis 11,70 M. — Reutlingen: Korn 11, Weizen 12,50, Roggen 10 bis 13, Gerste 11—13, Haber 12,50—13,50 M. — Urach: Dinkel 9,30—9,50, Gerste 11,30—13,20, Hafer 11,60—13, Weizen 12 bis 12,30, Roggen 11,50—12 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Wertsteuern in Betracht kommen. Die Schriftl.

Unterschiedlich  
ist die Kochzeit bei  
**MAGGI Suppen**  
Beachten Sie deshalb  
die Kochanweisung.





Wir fordern unsere Mitglieder hiennt auf, die am Samstag abend im „Badischen Hof“ stattfindende

**Protestversammlung gegen die Kriegsschuldfrage** möglichst zahlreich zu besuchen.

Deutschnationale Volkspartei Ortsgruppe Calw

**Methodisten-Kapelle in Calw** Heute Donnerstag abend 8 Uhr

### Vortrag

von Prediger **R. G. Eisele-Ebingen** „Ergebnisse der Vererbungsforschung“ unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung des Alkoholgenusses auf Kinder und Kindeskinde.

Eintritt frei! Jedermann ist herzlich willkommen!

#### Stammheim.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. April, stattfindenden

### Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Röble“ hier freundlichst einzuladen.

**Paul Mann**

Sohn des Carl Mann, Sattlermeister

**Marie Helbmaier**

Tochter des Michael Helbmaier Bauer

Kirchgang 1 Uhr

#### Neubulach-Schönbronn

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. April in das Gasthaus zur „Sonne“ in Neubulach stattfindenden

### Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

**Albert Koller**

Sohn des Gottfried Koller, Buchbindermeister in Neubulach

**Marie Ruyss**

Tochter des Christian Ruyss, Feld- u. Waldschütz in Schönbronn

Kirchgang 1/2 1 Uhr

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegen zu nehmen.

#### Heimenkirch-Rötenbach

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. April im Gasthaus zum „Löwen“ in Würzbach stattfindenden

### Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

**Heinrich Enderle**

Sohn des Ernst Enderle, Schreinermeister in Heimenkirch

**Marie Kugele**

Tochter des Jakob Kugele, Landwirt in Rötenbach

Kirchgang 1 Uhr in Würzbach.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Täglich frischen  
**Spinat**  
sowie schöne  
**Schlange-**  
**gurken**  
empfiehlt  
**Chr. Hägele.**

Feinsten  
**Kräuterkäse**  
stets frisch  
empfiehlt  
**Wurster**  
am Markt.

## „Die Krankenkassen und ihre Versicherten“

Ueber dieses Thema, das durch den zur Zeit fast überall notwendig werdenden

**Beitrags-Aufbau u. Abbau der Leistungen** sehr wichtig geworden ist, spricht am nächsten

**Samstag, den 20. April, abends 8 Uhr** in der Restauration Weiß, Badstraße

**Herr Rärcher-Stuttgari, Vorsitzender des Württemb. Krankenkassenverbandes**

**Arbeitskollegen!** Zu diesem so überaus wichtigen Vortrag sind vor allem die Vorstands- und Ausschussmitglieder sämtlicher Krankenkassen des Bezirks sowie die gesamte Arbeitererschaft und sonstige interessierten Kreise freundlichst eingeladen.

**Ortsausschuss Calw, Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbund Arbeitskolleginnen u. Arbeitskollegen** erscheint vollzählig zu diesem wicht. Vortrag

## LUGER

**Gelegenheitskauf!**

Garantiert reines

**Cocosfett**

beste Qualität

Pfund --.56 Mk. Nettopreis  
feinstes, bayrisches

**Schfenmaulsalat**

1 Pfund Dose --.45 Mk.

5% Rabatt

Direkt von der Nordsee

lebendfrischer

**Cabliou**

Pfd. --.28 Mk. im ganz. Fisch

Reinen  
**Tannen-**  
**Honig**  
empfiehlt  
**J. Knecht.**

**Wasserglas,**  
garantiert hell u. geruchlos  
empfiehlt  
**Ch. Schlatterer.**

Eine neue  
**Nähmaschine**  
für Mk. 150 u. eine verje-  
nige f. Mk. 185 zu verkaufen.  
Weit unter Ladenpreis.  
**Herold, Pforzheim, Näh-**  
**masch.-Hdlg., Westliche 67**

**Bohner-**  
**Wachs**  
**Büffelhaar**

Feinste Qualität von  
größter Ausgiebigkeit  
gibt hohen Glanz.

**Busch- und**  
**Hochstammrosen**  
in schönen Farben  
empfiehlt  
**Chr. Hägele.**

Suche für sofort einen  
tüchtigen, jüngeren  
**Groß- und**  
**Kleinflückerarbeiter.**  
**Christian Dittus,**  
**Schneidermeister,**  
**Hirsau.**

Einen Wurf reine  
**Milch-**  
**schweine**  
verkauft Samstag, den 20.  
April, nachm. 3 Uhr.  
**Ulrich Koller,**  
**Zavelstein.**

Verkaufe eine 32 Wochen  
trüchtige



**Rabin**  
Witwe Haug, Altburg.

**Paterno-**  
**Doppelblut-**  
**Orangen**

das Feinste was es gibt  
1 St. 10, 15 u. 18

**Blut- und**  
**Blond-**

**Orangen**

1 Pfd. 35, 40 u. 45

**Bananen**

1 Pfd. 70

schöne

**Tomaten**

1 Pfd. 85

empfiehlt

**Wurster**  
am Markt.

**Wasserglas**  
wasserhelle, geruchlose  
Ware ist zu haben bei  
**R. Hauber.**

Im  
**Kleider-Weiß-**  
**nähen-Fliegen**  
in und außer dem Hause  
empfiehlt sich  
**Lisa Fauser,**  
**Neue Stuttgarterstr.**

Einen starken  
**Schnapptarren**  
verkauft  
**Wilh. Holz, Hirsau,**  
**Rosterhof.**

Möbliertes  
**Zimmer**  
hat zu vermieten.  
Wer, sagt die Geschäfts-  
stelle ds. Bl.

**Die schönsten Mäntel**  
zu billigsten Preisen  
bei  
**KRÜGER & WOLFF, Pforzheim**

**Bezirks-Handels- u. Gewerbe-**  
**verein Calw.**

Am Montag, den 22. April, abends 8 Uhr,  
findet im Badischen Hof eine

### Versammlung

statt, bei welcher Herr Steuer-Inspektor Strieng vom Finanzamt Hirsau einen Vortrag halten wird worin in steuerrechtlicher Hinsicht besonders die

**Einheitsbewertung**

nach dem Reichsbewertungsgesetz behandelt wird, anschließend wird Herr Bankkassier Schrenk

die Bedeutung des Wechsels  
im Geschäftsleben

erläutern, hernach

**Allgemeine Aussprache.**

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein.

Namens des Ausschusses: H. G. Efig.

## LUGER

Nur solange Vorrat

Vollsaftige süße spanische

**Blut-Orangen**

Pfd.

**36**

5% Rabatt

Pfg.

Das Geheimnis

der billigen

Zungviehaufzucht ist

**Muok**

1 Liter Muok-Milch kostet 4 Pfg., zu haben in der  
Alten Apotheke in Calw



## Sparsam und doch gut kochen

Ist die Aufgabe. — Wozu teure Butter, wenn das gleiche mit „Blauband, frisch gekirnt“ zu erreichen ist? Sie ist nahrhaft, ergiebig und appetitlich und kostet nur den halben Preis. Errechnen Sie sich selbst, wieviel Sie im Laufe eines Jahres sparen können.

Feinkost-Margarine

**Blauband**  
frisch gekirnt

Die neuen Kleiderstoffe für  
Frühjahr und Sommer sind jetzt am Lager  
eingetroffen. Die Auswahl ist groß.

Ich bitte um Besichtigung derselben ohne  
jeden Kaufzwang.

Paul Räuchle, am Markt, Calw.